

Brief aus Straßburg

an die Mandats- und Funktionsträger
in Bayern von Markus Ferber, MdEP

Ausgabe Mai 2015



Neuausrichtung der EU- Flüchtlingspolitik

Die Kommission hat ein umfangreiches Strategiepapier für die Neuausrichtung der EU-Flüchtlingspolitik auf den Tisch gelegt, das diese Woche im Europäischen Parlament zur Debatte stand. Die jetzige Drittstaatenregelung funktioniert nicht und muss durch ein neues, gerechteres System ersetzt werden. Der neue umfassende Ansatz - Quoten für die Verteilung von Flüchtlingen, Militäreinsätze gegen Schlepperbanden, Aufnahme von Asylsuchenden aus Konfliktgebieten und die Rückführung illegaler Wirtschaftsflüchtlinge - fand breite Zustimmung bei den Abgeordneten. "Es ist ein klares politisches Signal aus Straßburg: Europa und seine Mitgliedsstaaten müssen nach den immer wiederkehrenden Flüchtlingstragödien im Mittelmeer endlich handeln", so Markus Ferber. "Aber jede kurzfristige Maßnahme kann nur dann funktionieren, wenn sie von langfristigen Maßnahmen begleitet werden. Dazu gehört einerseits der Kampf gegen das zynische Geschäftsmodell der Schlepperbanden, eine kluge und umsichtige Reform des europäischen Asylrechts und entsprechende außen- und entwicklungspolitische Maßnahmen. Jetzt sind die Mitgliedsstaaten am Zug."

Gelbe Karte an Orban

"Ein EU-Mitgliedsstaat der darüber nachdenkt die Todesstrafe wieder einführen zu wollen, entfernt sich weit von den europäischen Werten", so kommentierte Markus Ferber die Debatte im Plenum mit Victor Orban. Der ungarische Regierungschef hat seine umstrittenen Aussagen über die Todesstrafe und über ein Referendum be-

züglich Migration und Terrorismus verteidigt. Deshalb begrüßte Ferber die Ankündigung von Kommissions-Vizepräsident Frans Timmermans "keine Sekunde" zögern zu wollen dem Land das Stimmrecht zu entziehen, wenn Orban seine Ankündigung umsetze.

Schluss mit der Regelwut auf europäischer Ebene

Die Arbeit von Edmund Stoiber in Brüssel hat diese Woche Früchte getragen: Schluss mit EU-Regelungen zu Duschköpfen oder Ölkännchen! Europäische Gesetze sollen künftig leicht verständlich sein, geringe Kosten erzeugen und von den EU-Staaten einfacher umzusetzen sein. Das hat die Kommission mit einer Agenda für bessere Rechtsetzung in dieser Woche in Straßburg vorgeschlagen. "Europäische Gesetze von Anfang an auf Effektivität und Sinnhaftigkeit hin zu überprüfen, schafft Transparenz und mehr Akzeptanz", erklärt Markus Ferber. Gesetze sollen künftig bei jeder Änderung auch daraufhin überprüft werden, ob sie ein Problem wirklich lösen – oder es am Ende vielleicht sogar noch schlimmer machen. "Besonders Mittelständler klagen darüber, dass sie in der Flut an europäischen Regelungen ertrinken. Sie müssen von diesem bürokratischem Wildwuchs deutlich entlastet werden", so der Mittelstandssprecher.

Nur Rückschritte im Türkei- Fortschrittsbericht

"Seit zehn Jahren wird nun schon mit dem Kandidatenland Türkei verhandelt. Seit Aufnahme der Verhandlungen gab es dort jedoch weit mehr Rückschritte als Fortschritte", kommentiert Markus

Ferber den jährlichen Bericht zu den Fortschritten bei den Beitrittsgesprächen mit der Türkei. "Ich fordere die Kommission auf, eine Neubewertung des gesamten Beitrittsprozesses vorzunehmen, da die Türkei nach wie vor in keinem einzigen Punkt die Vorbeitrittskriterien erfüllt und dazu noch massive Eingriffe in die Grundfreiheiten vornimmt." Ferber zweifelt daran, dass die Grundlagen für die Beitrittsgespräche angesichts der Besorgnis erregenden Beschneidung der Grundfreiheiten in der Türkei überhaupt noch gegeben sind. "Die Arroganz, mit der die türkische Regierung sich zu deutlichen und kritischen Worten des Europäischen Parlaments äußert, ist eines Beitrittskandidaten nicht würdig."

Digitaler Binnenmarkt

Der Binnenmarkt ist eine der größten Errungenschaften der Europäischen Union. Die EU-Kommission hat ihre Vorschläge zur Anpassung an das digitale Zeitalter, um so einen integrierten und sicheren digitalen Binnenmarkts ohne Grenzen zu schaffen, vorgelegt. Diesen Vorschlag diskutierte das Parlament diese Woche. Bislang unterschiedliche Online-Vertragsvorschriften oder Regelungen zur Paketauslieferung halten Verbraucher davon ab, im Ausland einzukaufen", so Markus Ferber. "Diese Hürden im EU-Binnenmarkt müssen dringend fallen. Die Verwirklichung des digitalen Binnenmarkts könnte neue Arbeitsplätze schaffen und bietet gerade kleinen und mittleren Unternehmen neue Chancen. Europa hat in diesem Bereich dringenden Nachholbedarf. Dafür muss Brüssel die Rahmenbedingungen, mit echtem Daten- und Urnehmerschutz, festlegen."



www.markus-ferber.de

E-Mail: info@markus-ferber.de

